

zeichneten *Erklärung über Zollangelegenheiten und Schmuggelbekämpfung*<sup>1)</sup> Richtlinien für eine enge Zusammenarbeit ihrer Zollbehörden zur gegenseitigen Unterstützung bei der Verfolgung von Zollzuwiderhandlungen aufgestellt, die von den einzelnen Regierungen durch entsprechende innerstaatliche Maßnahmen in Kraft gesetzt werden sollen. Es handelt sich auch hier namentlich um eingehende Informationspflichten der beteiligten Zollverwaltungen, um Amts- und Rechtshilfe bei der Verfolgung des Schmuggels verdächtiger Personen unter etwaiger Heranziehung von Beamten des Vertragspartners, um die Überwachung verdächtiger, in den Grenzbezirken angehäufter Warenlager sowie schließlich auch um die möglichste Vereinheitlichung der Zollgesetzgebung und -nomenklatur der beteiligten Staaten.

Die *panamerikanische Konvention über die Bekämpfung des Schmuggels* vom 19. Juni 1935<sup>2)</sup> ist am 9. Februar 1940 von *Chile* ratifiziert worden<sup>3)</sup>. Zu den durch die Konvention gebundenen Staaten gehören nunmehr Brasilien, Chile, Ecuador und Uruguay<sup>4)</sup>.

Bloch.

Abgeschlossen Anfang April 1941.

## Dokumente über den Waffenstillstand mit Frankreich

### Präambel zu den Waffenstillstandsbedingungen vom 21. Juni 1940<sup>5)</sup>

Im Auftrage des Führers und Obersten Befehlshabers der deutschen Wehrmacht habe ich Ihnen folgende Eröffnung zu machen:

Im Vertrauen auf die vom amerikanischen Präsidenten Wilson dem Deutschen Reiche gegebenen und von den alliierten Mächten bestätigten Zusicherungen hat die deutsche Wehrmacht im November 1918 die Waffen niedergelegt. Damit fand ein Krieg den Abschluß, den das deutsche Volk und seine Regierung nicht gewollt hatten, und in dem es trotz ungeheurer Übermacht den Gegnern nicht gelungen war, das deutsche Heer, die Kriegsmarine oder die deutsche Luftwaffe irgendwie entscheidend zu besiegen.

Schon im Augenblick der Ankunft der deutschen Waffenstillstandskommission aber begann der Bruch des feierlich gegebenen Versprechens. Am 11. November 1918 fing damit in diesem Zuge die Leidenszeit des deutschen Volkes an. Was an Entehrung und Erniedrigung, was an menschlichem und materiellem Leid einem Volke zugefügt werden konnte, nahm von hier seinen

1) *Diario Oficial* (Brasil) vom 30. 5. 1939, S. 12639.

2) Vgl. diese Zeitschrift Bd. VI, S. 607.

3) *Department of State Bulletin* 1940 Nr. 35, S. 220.

4) Vgl. dazu diese Zeitschrift Bd. VII, S. 124, 578 und *Department of State Bulletin* 1940 Nr. 35, S. 220.

5) Verlesen vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, am 21. Juni 1940. — Nach amtlicher Mitteilung.

Ausgang. Wortbruch und Meineid hatten sich gegen ein Volk verschworen, das nach einem über vierjährigen heldenhaften Widerstand nur der einzigen Schwäche verfallen war, den Versprechungen demokratischer Staatsmänner Glauben zu schenken.

Am 3. September 1939 — 25 Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges — haben England und Frankreich wieder ohne jeden Grund an Deutschland den Krieg erklärt. Nun ist die Entscheidung der Waffen gefallen. Frankreich ist besiegt. Die französische Regierung hat die Reichsregierung gebeten, ihr die deutschen Bedingungen für einen Waffenstillstand bekanntzugeben.

Wenn zur Entgegennahme dieser Bedingungen der historische Wald von Compiègne bestimmt wurde, dann geschah es, um durch diesen Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit — einmal für immer — eine Erinnerung zu löschen, die für Frankreich kein Ruhmesblatt seiner Geschichte war, vom deutschen Volke aber als tiefste Schande aller Zeiten empfunden wurde.

Frankreich ist nach einem heroischen Widerstand in einer einzigen Folge blutiger Schlachten besiegt worden und zusammengebrochen. Deutschland beabsichtigt daher nicht, den Waffenstillstandsbedingungen oder den Waffenstillstandsverhandlungen die Charakterzüge von Schmähungen gegenüber einem so tapferen Gegner zu geben.

Der Zweck der deutschen Forderungen ist es:

1. eine Wiederaufnahme des Kampfes zu verhindern,
2. Deutschland alle Sicherheiten zu bieten für die ihm auferzwungene Weiterführung des Krieges gegen England, sowie
3. die Voraussetzungen zu schaffen für die Gestaltung eines neuen Friedens, dessen wesentlichster Inhalt die Wiedergutmachung des dem Deutschen Reich selbst mit Gewalt angetanen Unrechts sein wird.

#### **Deutsch-französischer Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940<sup>1)</sup>**

Zwischen dem vom Führer des Deutschen Reichs und Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht beauftragten Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Generaloberst Keitel einerseits

und

den mit ausreichenden Vollmachten versehenen Bevollmächtigten der französischen Regierung:

Armeegeneral Huntziger,  
Vorsitzender der Delegation,  
franz. Botschafter Noel,

Viceadmiral Le Luc,  
Armeekorpsgeneral Parisot und  
General der Luftwaffe Bergeret

andererseits, ist der nachstehende Waffenstillstandsvertrag vereinbart worden:

1. Die französische Regierung veranlaßt in Frankreich sowie in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten sowie auf dem Meere die Einstellung des Kampfes gegen das Deutsche Reich. Sie bestimmt die sofortige Waffenniederlegung der von den deutschen Truppen bereits eingeschlossenen französischen Verbände.
2. Zur Sicherstellung der Interessen des Deutschen Reiches wird das fran-

<sup>1)</sup> Nach amtlicher Mitteilung.

zösische Staatsgebiet nördlich und westlich der in anliegender Karte bezeichneten Linie von deutschen Truppen besetzt. Soweit sich die zu besetzenden Teile noch nicht in Gewalt der deutschen Truppen befinden, wird diese Besetzung unverzüglich nach Abschluß dieses Vertrages durchgeführt.

3. In den besetzten Teilen Frankreichs übt das Deutsche Reich alle Rechte der besetzenden Macht aus. Die französische Regierung verpflichtet sich, die in Ausübung dieser Rechte ergehenden Anordnungen mit allen Mitteln zu unterstützen und mit Hilfe der französischen Verwaltung durchzuführen. Alle französischen Behörden und Dienststellen des besetzten Gebietes sind daher von der französischen Regierung unverzüglich anzuweisen, den Anordnungen der deutschen Militärbefehlshaber Folge zu leisten und in korrekter Weise mit diesen zusammen zu arbeiten.

Es ist die Absicht der Deutschen Regierung, die Besetzung der Westküste nach Einstellung der Feindseligkeiten mit England auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu beschränken.

Der französischen Regierung bleibt es überlassen, ihren Regierungssitz im unbesetzten Gebiet zu wählen, oder wenn sie es wünscht, auch nach Paris zu verlegen. Die Deutsche Regierung sichert in diesem Fall der französischen Regierung und ihren Zentralbehörden jede notwendige Erleichterung zu, damit sie die Verwaltung des besetzten und nicht-besetzten Gebietes von Paris aus durchzuführen in der Lage ist.

4. Die französische Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist in einer noch zu bestimmenden Frist demobilisieren und abzurüsten. Ausgenommen davon sind nur jene Verbände, die für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötig sind. Ihre Stärke und Bewaffnung bestimmen Deutschland bzw. Italien. Die in dem von Deutschland zu besetzenden Gebiete befindlichen Verbände der französischen Wehrmacht werden beschleunigt in das nicht zu besetzende Gebiet zurückgeführt und sind zu entlassen. Diese Truppen legen vor ihrem Abmarsch ihre Waffen und ihr Gerät an den Plätzen nieder, wo sie sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages befinden. Sie sind für eine ordentliche Übergabe an die deutschen Truppen verantwortlich.
5. Als Garantie für die Einhaltung des Waffenstillstandes kann gefordert werden die unversehrte Auslieferung aller jener Geschütze, Panzerkampfwagen, Panzerabwehrwaffen, Kriegsflugzeuge, Flakgeschütze, Infanteriewaffen, Zugmittel und Munition von Verbänden der französischen Wehrmacht, die im Kampf gegen Deutschland standen und sich zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens in dem von Deutschland nicht zu besetzenden Gebiete befinden. Den Umfang der Auslieferungen bestimmt die deutsche Waffenstillstandskommission.

Auf die Auslieferung von Kriegsflugzeugen kann verzichtet werden, wenn alle noch im Besitze der französischen Wehrmacht befindlichen Kriegsflugzeuge abgerüstet und unter deutscher Kontrolle sichergestellt werden.

6. Die verbleibenden Waffen, Munitionsmengen und Kriegsgeräte jeder Art im unbesetzten Teil Frankreichs sind — soweit sie nicht zur Ausrüstung der zugebilligten französischen Verbände freigegeben werden — unter deutscher bzw. italienischer Kontrolle zu lagern bzw. sicherzustellen. Es bleibt dem deutschen Oberkommando vorbehalten, hierbei alle jene Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um den unbefugten Ge-

brauch dieser Bestände auszuschließen. Die Neuanfertigung von Kriegsgeschütz ist im unbesetzten Gebiet sofort einzustellen.

7. In dem zu besetzenden Gebiet sind alle Land- und Küstenbefestigungen mit Waffen, Munition und Gerät, Beständen und Anlagen jeder Art unversehrt zu übergeben. Die Pläne dieser Befestigungen sowie die Pläne der von den deutschen Truppen bereits eroberten, sind auszuliefern. Die genauen Angaben über vorbereitete Sprengungen, angelegte Landminensperren, Zeitzündler, Kampfstoffsperrungen usw. sind dem deutschen Oberkommando vorzulegen. Diese Hindernisse sind bei deutscher Aufforderung durch französische Kräfte zu beseitigen.
8. Die französische Kriegsflotte ist — ausgenommen jener Teil, der für die Wahrung der französischen Interessen in ihrem Kolonialreich der französischen Regierung freigegeben wird, — in näher zu bestimmenden Häfen zusammenzuziehen und unter deutscher bzw. italienischer Kontrolle demobilisieren und abzurüsten. Maßgebend für die Bestimmung der Häfen soll der Friedensstandort der Schiffe sein. Die Deutsche Regierung erklärt der französischen Regierung feierlich, daß sie nicht beabsichtigt, die französische Kriegsflotte, die sich in den unter deutscher Kontrolle stehenden Häfen befindet, im Kriege für ihre Zwecke zu verwenden, außer solchen Einheiten, die für Zwecke der Küstenwacht und des Minenräumens benötigt werden. Sie erklärt weiterhin feierlich und ausdrücklich, daß sie nicht beabsichtigt, eine Forderung auf die französische Kriegsflotte bei Friedensschluß zu erheben. Ausgenommen jenen zu bestimmenden Teil der französischen Kriegsflotte, der die französischen Interessen im Kolonialreich zu vertreten hat, sind alle außerhalb Frankreichs befindlichen Kriegsschiffe nach Frankreich zurückzurufen.
9. Das französische Oberkommando hat dem deutschen Oberkommando genaue Angaben über alle von Frankreich ausgelegten Minen sowie über alle sonstigen Hafen- und Küstenvorfeldsperrungen und Verteidigungs- und Abwehranlagen zu machen.

Die Räumung der Minensperren ist, soweit es das deutsche Oberkommando fordert, durch französische Kräfte durchzuführen.

10. Die französische Regierung verpflichtet sich, mit keinem Teil der ihr verbliebenen Wehrmacht und in keiner anderen Weise weiterhin feindselige Handlungen gegen das Deutsche Reich zu unternehmen.

Ebenso wird die französische Regierung verhindern, daß Angehörige der französischen Wehrmacht außer Landes gehen und daß Waffen und Ausrüstungen irgendwelcher Art, Schiffe, Flugzeuge usw. nach England oder in das sonstige Ausland verbracht werden.

Die französische Regierung wird französischen Staatsangehörigen verbieten, im Dienst von Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich noch im Kriege befindet, gegen dieses zu kämpfen. Französische Staatsangehörige, die dem zuwiderhandeln, werden von den deutschen Truppen als Freischärler behandelt werden.

11. Den französischen Handelsschiffen aller Art einschließlich der Küsten- und Hafenfahrzeuge, die sich in französischen Händen befinden, ist bis auf weiteres das Auslaufen zu verbieten. Die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs unterliegt der Genehmigung der deutschen bzw. italienischen Regierung.

Französische Handelsschiffe, die sich außerhalb französischer Häfen befinden, wird die französische Regierung zurückrufen oder, falls dies nicht ausführbar ist, in neutrale Häfen beordern.

Alle in französischen Häfen befindlichen aufgebrachten deutschen Handelsschiffe sind auf Anforderung unversehrt zurückzugeben.

12. Für alle auf französischem Boden befindlichen Flugzeuge ist ein sofortiges Startverbot zu erlassen. Jedes ohne deutsche Genehmigung startende Flugzeug wird von der deutschen Luftwaffe als feindlich angesehen und demgemäß behandelt werden.

Die im unbesetzten Gebiet befindlichen Flugplätze und Bodeneinrichtungen der Luftwaffe werden von deutschen bzw. italienischen Kontrollen überwacht. Ihre Unbrauchbarmachung kann verlangt werden. Die französische Regierung ist verpflichtet, alle im unbesetzten Gebiet befindlichen fremden Flugzeuge zur Verfügung zu stellen bzw. am Weiterflug zu verhindern. Sie sind der deutschen Wehrmacht zuzuführen.

13. Die französische Regierung verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß in den durch deutsche Truppen zu besetzenden Gebieten alle Anlagen, Einrichtungen und Bestände der Wehrmacht unversehrt den deutschen Truppen übergeben werden. Sie wird ferner dafür sorgen, daß Häfen, Industrieanlagen und Werften im derzeitigen Zustand belassen und in keiner Weise beschädigt oder zerstört werden. Das Gleiche gilt für alle Verkehrsmittel und Verkehrswege, insbesondere für Eisenbahnen, Straßen und die Binnenschiffsfahrtswege, für das gesamte Fernmeldenetz sowie für die Einrichtungen der Fahrwasserbezeichnung und Küstenbefeuernng. Ebenso verpflichtet sie sich auf Anordnung des deutschen Obercommandos, alle hier erforderlichen Wiederherstellungsarbeiten zu leisten.

Die französische Regierung sorgt dafür, daß in dem besetzten Gebiet das erforderliche Fachpersonal, die Menge an rollendem Eisenbahnmateriale und die sonstigen Verkehrsmittel vorhanden sind, so wie sie den normalen Verhältnissen des Friedens entsprechen.

14. Für alle auf französischem Boden befindlichen Funksendestationen gilt ein sofortiges Sende- und Empfangsverbot. Die Wiederaufnahme des Funkverkehrs aus dem unbesetzten Teil Frankreichs bedarf der besonderen Regelung.
15. Die französische Regierung verpflichtet sich, den durch das unbesetzte Gebiet führenden Gütertransitverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Italien in dem von der Deutschen Regierung geforderten Umfang durchzuführen.
16. Die französische Regierung wird die Rückführung der Bevölkerung in die besetzten Gebiete im Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Stellen durchführen.
17. Die französische Regierung verpflichtet sich, jedes Verbringen von wirtschaftlichen Werten und Vorräten aus dem von den deutschen Truppen zu besetzenden Gebiet in das unbesetzte Gebiet oder in das Ausland zu verhindern. Über diese im besetzten Gebiet befindlichen Werte und Vorräte ist nur im Einvernehmen mit der Deutschen Regierung zu verfügen.

Die Deutsche Regierung wird dabei die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung der unbesetzten Gebiete berücksichtigen.

18. Die Kosten für den Unterhalt der deutschen Besatzungstruppen auf französischem Boden trägt die französische Regierung.
19. Alle im französischen Gewahrsam befindlichen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einschließlich der Haft- und Strafgefangenen, die wegen einer Tat zugunsten des Deutschen Reiches festgenommen und verurteilt sind, sind unverzüglich den deutschen Truppen zu übergeben.

Die französische Regierung ist verpflichtet, alle in Frankreich sowie

in den französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoratsgebieten und Mandaten befindlichen Deutschen, die von der Deutschen Reichsregierung namhaft gemacht werden, auf Verlangen auszuliefern.

Die französische Regierung verpflichtet sich, zu verhindern, daß deutsche Kriegs- und Zivilgefangene aus Frankreich in französische Besitzungen oder in das Ausland verbracht werden. Über bereits außerhalb Frankreichs verbrachte Gefangene, sowie über die nichttransportfähigen kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen, sind genaue Listen mit Angabe ihres Aufenthaltsortes vorzulegen. Die Aufsicht über die kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen übernimmt das deutsche Oberkommando.

20. Die in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen französischen Wehrmachtangehörigen bleiben bis zum Abschluß des Friedens kriegsgefangen.
21. Die französische Regierung haftet für die Sicherung aller Gegenstände und Werte, deren unversehrte Übergabe oder Bereithaltung zu deutscher Verfügung in diesem Vertrag gefordert oder deren Verbringen außer Landes verboten ist. Die französische Regierung ist zum Schadensersatz für alle Zerstörungen, Schädigungen oder Verschleppungen, die dem Vertrag zuwiderlaufen, verpflichtet.
22. Die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages regelt und überwacht eine deutsche Waffenstillstandskommission, die ihre Tätigkeit nach den Weisungen des deutschen Oberkommandos ausübt. Aufgabe der Waffenstillstandskommission ist ferner, die erforderliche Übereinstimmung dieses Vertrages mit dem italienisch-französischen Waffenstillstandsvertrag sicherzustellen. Die französische Regierung stellt zur Vertretung der französischen Wünsche und zur Entgegennahme der Durchführungsanordnungen der deutschen Waffenstillstandskommission eine Abordnung an den Sitz der deutschen Waffenstillstandskommission.
23. Dieser Waffenstillstandsvertrag tritt in Kraft, sobald die französische Regierung auch mit der italienischen Regierung ein Übereinkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten getroffen hat. Die Feindseligkeiten werden 6 Stunden nach dem Zeitpunkt, zu dem die italienische Regierung der Reichsregierung vom Abschluß dieses Übereinkommens Mitteilung gemacht hat, eingestellt werden. Die Reichsregierung wird der französischen Regierung diesen Zeitpunkt auf dem Funkwege mitteilen.
24. Der Waffenstillstandsvertrag gilt bis zum Abschluß des Friedensvertrages. Er kann von der deutschen Regierung jederzeit mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, wenn die französische Regierung die von ihr durch den Vertrag übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Dieser Waffenstillstandsvertrag ist im Walde von Compiègne am 22. Juni 1940, 18.50 Uhr, deutscher Sommerzeit unterzeichnet worden.

gez. *Huntziger*.

gez. *Keitel*.

#### **Italienisch-französischer Waffenstillstandsvertrag vom 24. Juni 1940<sup>1)</sup>**

Art. I. — La Francia cesserà le ostilità contro l'Italia nel territorio francese metropolitano, nell'Africa francese del Nord, nelle Colonie, nei territori protetti e sotto mandato. Cesserà egualmente le ostilità contro l'Italia per mare e per aria.

<sup>1)</sup> Relazioni Internazionali, Anno VI (1940), p. 907/8.

Art. II. — Le truppe italiane si manterranno, all'entrata in vigore della presente Convenzione d'armistizio, e per tutta la durata della stessa, sulle loro linee avanzate in tutti i teatri d'operazione.

Art. III. — Nel territorio francese metropolitano, la zona compresa fra le linee di cui all'art. II e una linea corrente a cinquanta chilometri in linea d'aria da esse sarà, per la durata dell'armistizio, smilitarizzata.

In Tunisia sarà, per la durata dell'armistizio, smilitarizzata la zona compresa tra l'attuale confine libico-tunisino e la linea segnata sulla carta annessa.

In Algeria e nei territori dell'Africa francese a sud della stessa, confinanti con la Libia, per la durata dell'armistizio, sarà smilitarizzata una zona compresa fra il confine libico e una linea parallela e distante da esso duecento chilometri.

Finchè durerà l'ostilità dell'Italia contro l'Impero britannico e per la durata dell'armistizio, il territorio della colonia della Costa francese dei somali sarà smilitarizzato per intero.

Per la durata dell'armistizio l'Italia avrà pieno e costante diritto di usufruire del porto e delle installazioni di Gibuti, e della ferrovia Gibuti-Addis Abeba, nel tratto francese, per trasporti di qualsiasi specie.

Art. IV. — Le zone da smilitarizzare di cui all'art. III saranno, entro dieci giorni della cessazione delle ostilità, evacuate dalle truppe francesi, a eccezione del personale strettamente necessario per la custodia e la manutenzione delle opere di fortificazione, caserme, magazzini ed edifici militari, e delle truppe per il mantenimento dell'ordine interno, che la Commissione italiana d'armistizio, di cui in seguito, determinerà di volta in volta.

Art. V. — Fermo il diritto di cui all'art. X seguente, tutte le armi mobili e relative munizioni, esistenti nelle zone da smilitarizzare nel territorio francese metropolitano e in quelle adiacenti alla Libia, in più di quelle in consegna alle truppe che sgombrano, come detto sopra, i territori di cui si tratta, devono essere evacuate entro un termine di quindici giorni. Le armi fisse delle opere di fortificazione e relative munizioni devono essere messe, nello stesso termine di tempo, in condizione di non poter essere usate.

Nel territorio della Costa francese dei somali tutte le armi mobili e relative munizioni in più di quelle in consegna alle truppe che sgombrano il territorio verranno depositate, entro il medesimo termine di quindici giorni, nelle località che saranno stabilite dalla Commissione italiana d'armistizio, di cui in seguito.

Per le armi fisse e munizioni delle opere di fortificazione esistenti in detto territorio, vale quanto disposto per il territorio francese metropolitano e per quello adiacente alla Libia.

Art. VI. — Finchè dureranno le ostilità tra l'Italia e l'Impero britannico, le piazzeforti militari marittime e le basi navali di Tolone, Biserta, Ajaccio e Orano (Merse-el-Kebir) saranno smilitarizzate fino alla cessazione delle ostilità contro detto Impero. Tale smilitarizzazione dovrà essere attuata entro un termine di 15 giorni e dovrà essere tale da rendere dette piazzeforti e basi inutilizzabili agli effetti della loro capacità offensiva-difensiva. La loro capacità logistica sarà, sotto il controllo della Commissione italiana d'armistizio, limitata ai bisogni delle navi da guerra francesi che, a norma dell'art. XII seguente, vi faranno base.

Art. VII. — Nelle zone, piazzeforti militari marittime e basi navali da smilitarizzare, rimarranno naturalmente in funzione le autorità civili francesi

e le forze di polizia necessarie al mantenimento dell'ordine pubblico; vi rimarranno pure le autorità territoriali militari e marittime che saranno determinate dalla Commissione italiana d'armistizio.

Art. VIII. — La Commissione italiana d'armistizio, di cui in seguito, determinerà cartograficamente i limiti esatti delle zone e piazzeforti militari marittime e basi navali da smilitarizzare, e i dettagli delle modalità esecutive di smilitarizzazione. La stessa Commissione avrà pieno e costante diritto di controllare l'esecuzione in dette zone, piazze e basi di quanto stabilito agli articoli precedenti, sia per mezzo di visite di controllo, sia per mezzo di sue Delegazioni permanenti sul posto.

Art. IX. — Tutte le Forze Armate di terra, di mare e dell'aria della Francia metropolitana saranno smobilitate e disarmate entro un termine di tempo da fissare ulteriormente, ad eccezione delle formazioni necessarie al mantenimento dell'ordine interno.

La forza e l'armamento delle suddette formazioni saranno determinati dall'Italia e della Germania. Per quanto concerne i territori dell'Africa del Nord francese, della Siria e della Costa francese dei somali, la Commissione italiana d'armistizio, nello stabilire le modalità di smobilitazione e di disarmo, terrà conto dell'importanza particolare del mantenimento dell'ordine in detti territori.

Art. X. — L'Italia si riserva di esigere, come garanzia dell'esecuzione della Convenzione d'armistizio, la consegna in tutto o in parte delle armi collettive di fanteria e di artiglieria, autoblinda, carri armati, veicoli, automobili e ippomobili, e munizioni appartenenti alle unità che sono state comunque impiegate o schierate contro le Forze Armate italiane. Le armi e i materiali suddetti dovranno essere consegnati nello stato in cui si trovano al momento dell'armistizio.

Art. XI. — Le armi, munizioni e materiale bellico di qualsiasi specie che rimangono nei territori francesi non occupati, ivi comprese le armi e munizioni evacuate dalle zone, piazzeforti militari marittime e basi navali da smilitarizzare, ed esclusa quella parte che venga lasciata in uso alle unità permesse, saranno riuniti e acconzonati sotto il controllo italiano o germanico. La costruzione di materiale bellico di qualsiasi specie nei territori non occupati deve cessare immediatamente.

Art. XII. — Le unità della Marina da guerra francese saranno concentrate nei porti che verranno indicati e saranno smobilitate e disarmate sotto il controllo dell'Italia o della Germania.

Faranno eccezione quelle unità di cui i Governi italiano e tedesco cedessero l'uso per la salvaguardia dei territori coloniali francesi. Sarà elemento determinante per l'indicazione dei porti di cui sopra la dislocazione delle unità navali in tempo di pace.

Tutte le navi da guerra lontane dalla Francia metropolitana che non siano eventualmente riconosciute necessarie alla salvaguardia degli interessi coloniali francesi saranno fatte rientrare nei porti metropolitani.

Il Governo italiano dichiara che non ha intenzione di impiegare durante la presente guerra le unità della Marina da guerra francese poste sotto il suo controllo e che, del pari, non ha intenzione di avanzare pretese, alla conclusione della pace, sulla flotta francese.

Durante l'armistizio potrà però essere richiesto il naviglio francese necessario al dragaggio delle mine di cui all'articolo seguente.

Art. XIII. — Tutti gli sbarramenti di mine saranno notificati al Comando Supremo italiano.

Le autorità francesi provvederanno, entro il termine di 10 giorni, a far scaricare col proprio personale tutte le interruzioni ferroviarie e stradali, campi minati e fornelli di mine in genere approntati nelle zone, piazzeforti militari marittime e basi navali da smilitarizzare.

Art. XIV. — Il Governo francese, oltre ad obbligarsi a non intraprendere in qualsiasi luogo qualsiasi forma di ostilità contro l'Italia, s'impegna a impedire agli appartenenti alle sue Forze Armate e ai cittadini francesi in genere di uscire dal territorio nazionale per partecipare comunque a ostilità contro l'Italia.

Le truppe italiane useranno contro i trasgressori alla suddetta norma e contro i cittadini francesi già all'estero che intraprendessero collettivamente o singolarmente atti di ostilità contro l'Italia il trattamento riservato ai combattenti fuori legge.

Art. XV. — Il Governo francese s'impegna a impedire che navi da guerra, aeroplani, armi, materiali bellici e munizioni di qualsiasi specie di proprietà francese o esistenti in territori francesi o comunque controllati dalla Francia vengano avviati in territori dell'Impero britannico o in altri Stati esteri.

Art. XVI. — Divieto di uscita per tutte le navi mercantili della Marina francese fino al momento in cui i Governi italiano o tedesco consentissero la ripresa parziale o totale del traffico marittimo commerciale francese.

Le navi mercantili francesi che non si trovassero al momento dell'armistizio in porti francesi o comunque sotto il controllo della Francia saranno o richiamate in essi o avviate a porti neutrali.

Art. XVII. — Tutte le navi mercantili italiane catturate saranno immediatamente restituite con l'intero carico diretto in Italia che avevano al momento della cattura.

Dovranno altresì essere restituite le merci non deperibili italiane o dirette in Italia catturate a bordo di navi non italiane.

Art. XVIII. — Divieto immediato di decollo per tutti gli aerei trovantisi nel territorio francese o in territori comunque sotto il controllo francese.

Tutti gli aeroporti e tutte le installazioni nei territori suddetti, saranno sotto il controllo italiano o tedesco.

Gli aerei stranieri che si trovano nei territori di cui sopra saranno consegnati alle autorità militari italiane o germaniche.

Art. XIX. — Fino a quando i Governi italiano e tedesco non stabiliranno altrimenti, saranno vietate le trasmissioni radio in genere in tutti i territori della Francia metropolitana. Le condizioni nelle quali potranno effettuarsi le comunicazioni radio tra la Francia, l'Africa del Nord, la Siria e la Costa francese dei somali saranno determinate dalla Commissione italiana d'armistizio.

Art. XX. — Libertà di traffico delle merci in transito fra la Germania e l'Italia attraverso il territorio francese non occupato.

Art. XXI. — Saranno immediatamente liberati e consegnati alle autorità militari italiane tutti i prigionieri italiani di guerra o civile italiani comunque internati, arrestati e condannati per ragioni politiche o di guerra o per atti comunque a favore del Governo italiano.

Art. XXII. — Il Governo francese si rende garante della buona conservazione di tutto quanto deve o può dover consegnare in virtù della presente convenzione.

Art. XXIII. — Una Commissione italiana d'armistizio, alle dipendenze del Comando Supremo italiano sarà incaricata di regolare e controllare, sia direttamente sia per mezzo dei suoi organi, l'esecuzione della presente Convenzione d'armistizio.

Essa sarà altresì incaricata di armonizzare la presente Convenzione con quella già conclusa tra Germania e Francia.

Art. XXIV. — Nella sede della Commissione di cui all'articolo precedente s'insedierà una Delegazione francese incaricata di far presenti i desiderata del proprio Governo relativi all'esecuzione della presente Convenzione e di trasmettere alle autorità francesi competenti le disposizioni della Commissione italiana d'armistizio.

Art. XXV. — La presente Convenzione d'armistizio entrerà in vigore all'atto della sua firma. Le ostilità cesseranno in tutti i teatri di operazione sei ore dopo il momento in cui il Governo italiano avrà comunicato al Governo tedesco l'avvenuta conclusione del presente accordo.

Il Governo italiano notificherà detto momento al Governo francese per via radio.

Art. XXVI. — La presente Convenzione d'armistizio rimarrà in vigore fino alla conclusione del Trattato di pace. Potrà essere denunciata dall'Italia in qualsiasi momento con effetto immediato ove il Governo francese non adempia agli obblighi assunti.

I sottoscritti plenipotenziari, debitamente autorizzati, dichiarano di approvare le condizioni sopra indicate.

Roma, 24 giugno 1940-XVIII, alle ore 19.15.

F.to: Il maresciallo d'Italia

*Pietro Badoglio*

F.to: Le général d'Armée

*Huntziger*

## **Dokumente betreffend die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Uebertragung von Besitzungen einer nichtamerikanischen Macht in der westlichen Hemisphäre an eine andere nichtamerikanische Macht**

### **I. Note der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika an die Deutsche und Italienische Regierung vom 18. Juni 1940 <sup>1)</sup>**

The Government of the United States is informed that the Government of France has requested of the German Government the terms of an armistice.

The Government of the United States feels it desirable, in order to avoid any possible misunderstanding, to inform Your Excellency that in accordance with its traditional policy relating to the Western Hemisphere, the United States would not recognize any transfer, and would not acquiesce

<sup>1)</sup> The Department of State Bulletin Vol. II: Nr. 52, p. 681—682. — Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande sind in demselben Sinne informiert worden (a. a. O. S. 682).